



„Die Würde des Menschen ist unantastbar“

Der außerordentlich große Zustrom von Flüchtlingen nach Europa, insbesondere nach Mitteleuropa und dabei vor allem nach Deutschland, stellt uns alle auf die Probe, ob der Artikel 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland uneingeschränkt die Grundlage für praktisches Handeln von Behörden und Einzelpersonen ist.

Die EGem. Stadt Osterwieck ist mit diesem Problem in erheblichem Maße durch die Zentrale Aufnahmestelle für Flüchtlinge (ZAST) in Halberstadt konfrontiert. Angesichts der aktuellen Entwicklungen und den außerordentlichen Anstrengungen, die in der ZAST zu leisten sind, erklären wir:

1. Unabhängig von den Gründen, warum Menschen zu uns kommen, verdienen diese eine menschenwürdige Aufnahme und Unterbringung sowie eine zügige, faire, den Normen unseres Rechtsstaates entsprechende Prüfung ihres Begehrens auf Asyl.
2. Wir bedanken uns für die außerordentlichen Leistungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der unterschiedlichsten Behörden und Einrichtungen innerhalb und außerhalb der ZAST Halberstadt zur Bewältigung dieses Ansturms von Flüchtlingen. Ebenso danken wir den zahlreichen Menschen im Landkreis, insbesondere in Halberstadt, die ehrenamtlich in vielfältiger Weise für die Flüchtlinge tätig sind.
3. Wir rufen alle Orte unserer Einheitsgemeinde auf, sich auf die Unterbringung und Betreuung von Menschen, die aus unterschiedlichen Ländern und Kulturen zu uns kommen werden, vorzubereiten. Das ist nicht nur eine behördliche Aufgabe, sondern eine Anforderung für alle Bürgerinnen und Bürger und deren zivilgesellschaftlichen Organisationen. Menschen, die zum Teil aus Kriegsgebieten und unter Lebensgefahr zu uns gekommen sind, verdienen eine gute Nachbarschaft und neue Lebenschancen. Dabei favorisieren wir die dezentrale Unterbringung gegenüber der Unterbringung in großen Einrichtungen.
4. Wir verurteilen jegliche fremdenfeindlichen Aktivitäten, mit denen Menschen aus anderen Ländern und Kulturen diskriminiert oder gar bedroht werden. Deshalb bekräftigen wir, dass es keinerlei Zusammenarbeit mit Rechtsextremisten gibt.
5. Wir wissen, dass ein solch starker Zustrom von Menschen und deren Integration nicht problemlos ist. Trotzdem rufen wir dazu auf, zuerst die Chancen der Zuwanderung zu prüfen, ohne die Risiken außer Acht zu lassen. Wohnungsleerstand, Schließung von Schulen und anderen Einrichtungen, Überalterung oder fehlender beruflicher Nachwuchs - das sind die Probleme, die in den vergangenen Jahren stark unsere Diskussion bestimmt haben. Zuwanderung ermöglicht, manche dieser Hemmnisse unserer Entwicklung zu mindern.
6. Wir erwarten von Bund und Land, dass alle rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Lösung der Probleme vor Ort erleichtern. Schnelle Entscheidungen über das Bleiberecht haben dabei besondere Priorität.

7. Ebenso erwarten wir eine von Solidarität geprägte Flüchtlingspolitik in Europa mit einer gerechten Verteilung der Belastungen. Eine zukunftsfähige Politik muss unter Beachtung der nationalen Besonderheiten die Schaffung gerechter und friedlicher Verhältnisse in den Herkunftsländern vorantreiben, damit sich Menschen gar nicht auf die Flucht begeben.

Osterwieck, 10.09.2015

Ulrich Simons
für die Elfer-Fraktion

.....

Ulrich Köhler
für die Fraktion „Freie Bürger“

.....

Wolfgang Englert
für die Fallsteinfraktion

.....